

## N i e d e r s c h r i f t

### über die 38. öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am Montag, den 18. Januar 2016, um 20.00 Uhr im Sitzungssaal der "Lindener Ratsstuben"

---

#### Anwesend:

- a) Stadtverordnetenvorsteher: Ralf Burckart
- b) Stadtverordnete:
- Jürgen Arnold
  - Moritz Arnold
  - Hans Bausch (entschuldigt)
  - Anneliese Bork
  - Michael Fischer
  - Dagmar Gebauer
  - Sebastian Gebauer (entschuldigt)
  - Renate Geiselbrechtiger
  - Axel Globuschütz
  - Dr. Michaela Goll
  - Dieter Haggenmüller
  - Dirk Hansmann
  - Volker Heine
  - Timo Klös (entschuldigt)
  - Gisela Koch
  - Gudrun Lang
  - Harald Liebermann
  - Franziska Lodde
  - Hendrik Lodde
  - Antje Markgraf
  - Uwe Markgraf
  - Burkhard Nöh
  - Matthias Spangenberg (entschuldigt)
  - Iskender Schütte
  - Dr. Christof Schütz
  - Werner Schwarz (entschuldigt)
  - Tim-Ole Steinberg
  - Eva Steinmetz
  - Thomas Utschig
  - Fabian Wedemann
  - Wolfgang Weiß
  - Horst Weitze
  - Michael Wolter
  - Dr. Heinz-Lothar Worm
  - Metin Yildiz
  - Marga Zoller (entschuldigt)
- c) Magistrat:
- Bürgermeister Jörg König
  - Erster Stadtrat Norbert Arnold
  - Stadtrat Thomas Altenheimer
  - Stadträtin Petra Braun
  - Stadtrat Wolfgang Gath
  - Stadtrat Reinhold Krapf
  - Stadtrat Robert Kreuzinger-Ibe
  - Stadtrat Manfred Leun
  - Stadtrat Gerhard Trinklein

- |    |                    |  |
|----|--------------------|--|
| d) | Verwaltung:        | Patrick Retzer<br>Frank Hölzel   |
| e) | Presse:            | Herr Harold Sekatsch, Gießener Allgemeine<br>Herr Thomas Wißner, Gießener Anzeiger |
| f) | Zuhörer:           | 28   |
| g) | Protokollführerin: | Renate Wolf  |

Stadtverordnetenvorsteher Ralf Burckart eröffnet die 38. öffentliche Sitzung der laufenden Legislaturperiode. Er begrüßt die Mitglieder des Parlamentes, den Magistrat, die Presse sowie alle Zuhörer.

Des Weiteren stellt er fest, dass die Einladung form- und fristgerecht zugestellt wurde, die durch die HGO vorgeschriebene Veröffentlichung der Einladung in den Lindener Nachrichten ordnungsgemäß erfolgte und die Stadtverordnetenversammlung beschlussfähig ist.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gratuliert Stadtverordnetenvorsteher Burckart allen Parlamentariern und Magistratsmitgliedern, die seit der letzten Sitzung Geburtstag hatten.

Zur Tagesordnung ergibt sich folgende Änderung:

Stadtverordnetenvorsteher Burckart trägt vor, dass der Bericht des Magistrats entfällt, da die letzte Sitzung erst kürzlich stattgefunden hat und somit nichts Neues zu berichten sei.

#### **Tagesordnung:**

1. Feuerwehrangelegenheiten;  
hier: Ernennung des Wehrführers, Linden, Leihgestern
2. Antrag zum Thema „Soziales Linden“  
hier: Schaffung einer Stelle für die Bestellung eines Jugendpflegers  
-Antrag B90/GRÜNE - Fraktionsantrag Nr. 065/11/16-
3. Anhebung der Spielapparatesteuer  
-Antrag B90/GRÜNE - Fraktionsantrag Nr. 066/11/16-
4. Erhöhung des
  - a) Hebesatzes für das Jahr 2016: Grundsteuer A
  - b) Hebesatzes für das Jahr 2016: Grundsteuer B
  - c) Hebesatzes für das Jahr 2016: Gewerbesteuer
  - d) Steuersatzes der Spielapparatesteuer gem. § 4 Abs. 1 Nr. 1 für das Jahr 2016  
-Bürgermeistervorlage vom 20.11.2015-
5. Wirtschaftsplan der Stadtwerke Linden für das Wirtschaftsjahr 2016  
- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 138/11/16 -
6. Haushaltsplan der Stadt Linden für das Rechnungsjahr 2016
  - a) Haushaltssatzung
  - b) Stellenplan
  - c) Haushalt
  - Magistratsvorlage Drucksache Nr. 138/11/16 -
7. Beschluss über die Gültigkeit der Wahl des Ausländerbeirates der Stadt Linden 2015
8. Anfragen von Stadtverordneten und Verschiedenes

## **Zu TOP 1**

### **Feuerwehrangelegenheiten;**

#### **hier: Ernennung des Wehrführers, Linden, Leihgestern**

Wie Bgm. König mitteilt, ist Herr Arnold von seinem Amt als Wehrführer in Leihgestern zurückgetreten, so dass eine Neuwahl erforderlich wurde. In diesem Zusammenhang dankt Bgm. König allen Personen, die sich in der Feuerwehr engagieren, da dies nicht selbstverständlich ist. Bei der Versammlung wurde Herr Patrick Süßmith zum neuen Wehrführer Leihgestern gewählt.

Bgm. König überreicht die Ernennungsurkunde und Stadtverordnetenvorsteher Burckart nimmt den Diensteid nach § 38 Beamtenstatusgesetz in Verbindung mit §§ 47 und 5 Hess. Beamtengesetz ab. Beide danken Herrn Süßmith für sein Engagement und wünschen ihm viel Erfolg.

## **Zu TOP 2**

### **Antrag zum Thema „Soziales Linden“**

#### **hier: Schaffung einer Stelle für die Bestellung eines Jugendpflegers**

#### **-Antrag B90/GRÜNE - Fraktionsantrag Nr. 065/11/16-**

Stadtverordneter Globuschütz trägt den Antrag vor und begründet ihn.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat mit 1 Ja-Stimme, 5 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen keine Beschlussempfehlung ausgesprochen.

Stadtverordneter Fischer hat eine Nachfrage zu diesem Antrag. Wenn es hier um die Bestellung eines Jugendpflegers geht, betrifft dies unmittelbar die Jugendvertretung der Stadt Linden; daher möchte er wissen, ob diese hierzu (mit Fristsetzung) gehört wurde. Außerdem habe man einen Fachausschuss und er möchte wissen, ob sich dieser auch schon mit dem Antrag befasst hat oder noch befassen werde. Jedenfalls aus Sicht seiner Fraktion sei dies wünschenswert.

Wie Stadtverordnetenvorsteher Burckart erklärt, war dies als Antrag noch nicht in den Fachausschüssen und der Jugendvertretung; es war zwar schon auf der Tagesordnung der letzten Stadtverordnetensitzung, aber eher als Diskussionsgrundlage zu den Haushaltsberatungen, da dies ggf. in den Stellenplan einfließt.

Er stellt die Frage, ob der Antrag trotzdem hier behandelt und in die Diskussion zum Haushalt einfließen soll oder ob er in die Fachausschüsse verwiesen werden soll.

Stadtverordneter Globuschütz hat grundsätzlich keine Einwände gegen eine Erörterung in den Ausschüssen. Sollte allerdings aufgrund der Formulierung eine Stellenausweisung im HH nicht möglich sein, dann soll er heute beraten werden.

Laut Stadtverordnetem Fischer kann die Antragstellende Fraktion allerdings erklären, dass er nicht in die Fachausschüsse muss; gemäß § 12 Abs. 6 der Geschäftsordnung komme man allerdings nicht an der Jugendvertretung vorbei. Und dies müsse mit Fristsetzung geschehen und vor Beschlussfassung durch die Stadtverordnetenversammlung.

Stadtverordnetenvorsteher Burckart erklärt, dass es ja nicht um eine bestimmte Person ginge, sondern um Kosten, die dadurch entstehen. Könne man den Antrag nicht dahingehend ändern, dass dafür eine Kostenstelle geschaffen wird?

Stadtverordneter Fischer erklärt hierzu, dass ja die antragstellende Fraktion bereits der Auffassung sei, dass die Stelle mit 1,78 im Stellenplan schon ausgewiesen sei. Dies sei nicht Gegenstand der Diskussion. Seine Fraktion ist der Meinung, dass es hier um die Frage gehe, ob man eine pädagogische Fachkraft einstellen wolle und dann müsse dafür später der HH geändert werden (Ausweisung einer S 12-er Stelle). Über den Antrag in dieser Form könne man aber heute auf keinen Fall abstimmen, da die Jugendvertretung nicht gehört wurde.

Stadtverordneter Liebermann sieht dies auch so; man könne keine Abstimmung durchführen, da diese rechtlich angreifbar sei. Er appelliert an die antragstellende Fraktion, den Antrag zurückzunehmen und so bliebe er im Geschäftsgang.

Stadtverordneter Globuschütz nimmt den Antrag zurück und verweist ihn in die Fachausschüsse und an die Jugendvertretung.

### **ZU TOP 3**

#### **Anhebung der Spielapparatesteuer**

##### **-Antrag B90/GRÜNE - Fraktionsantrag Nr. 066/11/16-**

Stadtverordneter Dr. Schütz erklärt, dass auch dieser Antrag in der letzten Haupt- und Finanzausschusssitzung ausführlich diskutiert wurde und somit kein erneutes Vortragen notwendig sei. Die im Ausschuss diskutierten Änderungen sollen entsprechend berücksichtigt werden.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat einstimmige Beschlussempfehlung ausgesprochen.

Stadtverordneter Fischer erklärt, dass es nicht nur diese Änderungen im HFA betreffe, sondern hierzu gebe es noch eine Vorlage des Bürgermeisters, wonach die Satzung entsprechend angewandt werden soll und darin wäre noch die Ziffer 5 zu streichen, da diese keinen Sinn ergebe.

Die Abstimmung über die Anhebung der Spielapparatesteuer mit den genannten Änderungen ergibt einstimmige Annahme.

### **Zu TOP 4**

#### **Erhöhung des**

**a) Hebesatzes für das Jahr 2016: Grundsteuer A**

**b) Hebesatzes für das Jahr 2016: Grundsteuer B**

**c) Hebesatzes für das Jahr 2016: Gewerbesteuer**

**d) Steuersatzes der Spielapparatesteuer gem. § 4 Abs. 1 Nr. 1 für das Jahr 2016**

##### **-Bürgermeistervorlage vom 20.11.2015-**

Hierzu erklärt Stadtverordnetenvorsteher Burckart, dass er noch eine Bürgermeistervorlage mit dem Datum 28.12.2015 (Satzung über die Festsetzung der Steuersätze für die Grund- und Gewerbesteuer – Hebesatzung) vorliegen habe.

Bgm. König bestätigt, dass diese nach den Beratungen angepasst wurde und somit die Vorlage vom 28.12.2015 die richtige sei.

Stadtverordneter Dr. Schütz fragt trotzdem zum Verständnis noch einmal nach, warum hierüber abgestimmt werden muss, da dieser Punkt im HFA abgesetzt wurde, da sich dieser durch den vorherigen Antrag erledigt habe.

Bgm. König erklärt, dass nur der Unterpunkt d aus dem zuvor genannten Grund abgesetzt wurde; hierzu entfalle tatsächlich eine Abstimmung.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat zu allen Unterpunkten einstimmige Beschlussempfehlung ausgesprochen.

Stadtverordneter Fischer fasst noch einmal kurz zusammen, warum seine Fraktion dem Antrag zustimmen wird. In diesem Zusammenhang dankt er dem Kämmerer, Herrn Hölzel, der alle – auch kurzfristig - angeforderten Unterlagen zur Zufriedenheit vorgelegt hat.

Stadtverordneter Liebermann schließt sich diesen Ausführungen an. Er ist froh darüber, dass man trotz allem die Gebühren für die Kindergärten nicht erhöhen musste und noch immer in der Lage sei, andere Bereiche in Linden weiterhin zu finanzieren und zu unterstützen, wie es gewünscht sei.

Die Abstimmung ergibt folgendes Ergebnis:

Erhöhung des

- a) Hebesatzes Grundsteuer A: einstimmige Annahme
- b) Hebesatzes Grundsteuer B: einstimmige Annahme
- c) Hebesatzes Gewerbesteuer: einstimmige Annahme

Stadtverordnetenvorsteher Burckart erklärt noch einmal, dass die Hebesatzsatzung rückwirkend zum 01.01.2016 Anwendung findet und die Erhöhung der Spielapparatesteuer erst zum 01.02.2016.

Stadtverordnetenvorsteher Burckart ruft die beiden folgenden Tagesordnungspunkte zur gemeinsamen Beratung auf; die Abstimmung erfolgt natürlich getrennt.  
Hierzu ergeben sich keine Einwände.

#### **Zu TOP 5**

**Wirtschaftsplan der Stadtwerke Linden für das Wirtschaftsjahr 2016**

**- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 138/11/16 -**

#### **Zu TOP 6**

**Haushaltsplan der Stadt Linden für das Rechnungsjahr 2016**

**a) Haushaltssatzung**

**b) Stellenplan**

**c) Haushalt**

**- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 138/11/16 -**

Bürgermeister König führt aus, dass die bisher durchgeführten Sitzungen belegt haben, dass es nicht so einfach ist, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. In diesem Zusammenhang dankt er allen Parlamentariern für die einstimmig beschlossene Erhöhung der Hebesätze. Dies und auch die Möglichkeit der Inanspruchnahme eines Kommunalen Investitionsdarlehns haben dazu geführt, dass nun doch ein ausgeglichener Haushalt zur Abstimmung vorgelegt werden kann.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat zu TOP 5 einstimmige Beschlussempfehlung ausgesprochen.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat zu TOP 6 wie folgt abgestimmt:

- a) Bei 4 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 4 Enthaltungen erfolgt Beschlussempfehlung an die Stadtverordnetenversammlung.
- b) Bei 8 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung erfolgt Beschlussempfehlung an die Stadtverordnetenversammlung.
- c) Bei 7 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen erfolgt Beschlussempfehlung an die Stadtverordnetenversammlung.

#### **Diskussion zu beiden Tagesordnungspunkten:**

Stadtverordneter Dr. Schütz erklärt in seiner Rede zum Haushalt, dass heute über etwas anderes abgestimmt werden soll, worüber nicht im HFA diskutiert wurde, da vor der Sitzung weitere Informationen ausgeteilt wurden. Er stellt die Frage, ob es im formalen Ablauf korrekt sei, wenn diese Informationen erst vor der Sitzung vorgelegt wurden?

Davon ausgehend, dass dies so rechtens wäre, sollte der Haushalt wahr und klar sein. Daraus ginge hervor, welche Pläne verfolgt werden sollen und was die Mehrheit wünsche. Dies sei also mehr als nur ein Zahlenwerk. Er stellt die Frage in den Raum, was dieser Haushalt über die Zukunft der Stadt Linden aussage und weist hierzu auf diverse Probleme hin und geht im Einzelnen näher darauf ein:

Folgende Probleme sehe seine Fraktion:

1. Probleme auf der Einnahmenseite
2. Probleme auf der Ausgabenseite
3. Probleme mit der Werterhaltung
4. Probleme mit fehlenden Konzepten.

Für seine Fraktion stellt sich daher die Frage, wie kann die Mehrheit des Hauses mit einem derart hohen Betrag für eine Bahnerweiterung umgehen, wenn sie nicht bereit ist, einen Bruchteil dieser Summe für einen Jugendpfleger einzustellen?

Aus all diesen Gründen kann seine Fraktion, entgegen den Wünschen des Bürgermeisters, dem Haushalt nicht zustimmen.

Stadtverordneter Fischer erklärt, dass seine Fraktion dem Haushalt und dem Wirtschaftsplan zustimmen werde und nennt kurz die Gründe hierfür. Man könnte als Überschrift Folgendes darüberschreiben: „Die finanzpolitischen Zeiten sind derzeit nicht danach, kostenintensive Wunschprogramme abzuarbeiten!“ Man denkt noch an vergangene Haushaltsberatungen, wo von einem Haushaltssicherungskonzept die Rede war. Jetzt ist man in einer Phase angekommen, wo es zwar noch immer nicht gut, aber dennoch einigermaßen gut geht. Es ist schon schwierig genug die Pflichtarbeiten abzuarbeiten, selbst unter Berücksichtigung der Erhöhung der Hebesätze, die es ermöglichen, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Das Bestreben sollte darin liegen, den Haushalt auch für einen längeren Zeitraum zu konsolidieren, um dann irgendwann auch wieder die ein oder andere freiwillige Aufgabe neu aufzugreifen oder wieder mehr zu unterstützen.

Allerdings möchte er seinem Vorredner widersprechen, was das eine große Projekt (Erweiterung Bahnunterführung) betrifft, welches er der „Großen Koalition“ zuschreibt.

Dies sollte im Haushalt Berücksichtigung finden, jetzt zwar mit anderen Zahlen – 273.000,00 € anstatt 870.000,00 €. Dies ist ein Betrag ausschließlich für Planungskosten. Es sei nicht zutreffend, dass keine Unterlagen/Informationen vorlagen. Zweimal haben Mitarbeiter der Bahn den Stadtverordneten die Kosten erläutert; dabei auch, dass die Planungskosten nach oben limitiert sind (10 % der Bau-summe).

Er geht noch kurz auf die verkehrliche Erschließung in Verbindung mit dem Neubaugebiet „Nördlich Breiter Weg“ ein und die schon länger geführten Diskussionen zur Entlastung der Anlieger der Ortsdurchfahrten. Jetzt sei die Gelegenheit gegeben, die Bahn nachhaltig an den Kosten einer Erweiterung der Bahnunterführung zu beteiligen und da diese Vorgehensweise mit der Kommunalaufsicht abgestimmt sei, spreche nichts dagegen, diese Planungskosten einzustellen.

Seiner Fraktion gehe es darum, einen ausgeglichenen Haushalt darzustellen, der dann auch die Genehmigung der Kommunalaufsicht erhält.

Natürlich müssen durch die geänderten Zahlen auch die Investitionen entsprechend angepasst werden.

Bgm. König geht kurz auf Herrn Dr. Schütz ein und erläutert, was alles mit der Kommunalaufsicht wann und wie abgesprochen wurde und nun so zur Abstimmung steht.

Stadtverordneter Dr. Schütz fragt hierzu ebenfalls noch einmal nach, ob die Deutsche Bahn tatsächlich noch einmal Informationen vorgelegt hat, die den Stadtverordneten nicht vorliegen – neue Zahlen, die die Parlamentarier ebenfalls nicht kennen und nicht im Ausschuss beraten wurden und trotzdem zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Er ist nicht sicher, ob dies alles Rechtens ist.

Stadtverordnetenvorsteher Burckart erklärt, dass der Ausschuss nur eine Beschlussempfehlung abgeben kann; keine verbindliche Zusage.

Auch Bürgermeister König bestätigt dies. Das Parlament sei der Beschlussträger, egal was im Ausschuss beraten wurde oder auch nicht.

Stadtverordneter Fischer betont, dass der HFA grundsätzlich die VE von 870.000,00 € empfohlen habe und wenn nun sogar noch eine Reduzierung vorgenommen werde, müsse dies nicht erneut in den Ausschuss.

Dem schließt sich Stadtverordnetenvorsteher Burckart an; auch er sieht diese Vorgehensweise unkritisch.

Stadtverordneter Dr. Schütz fragt trotzdem nach, ob und welche Daten/Unterlagen seitens der Bahn dem Bürgermeister vorgelegt wurden.

Bgm. König liest die entsprechende Benachrichtigung der Bahn vor.

Stadtverordneter Liebermann geht zunächst auf das zuletzt Genannte (Erweiterung Bahnunterführung) ein. Es muss allen klar sein, dass hier nicht die Stadt Linden, sondern die Deutsche Bahn plant. Dabei muss man sich auf deren Erfahrung bezüglich Planung und Kostenschätzungen ein Stückweit verlassen. Das Parlament hat die Erweiterung beschlossen und dieser Beschluss hat mit Weitsicht zu tun, womit sich zwar die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gerne schmückt, in diesem Fall aber vermissen lässt. Auf die Situation durch die Erschließung des neuen Baugebietes möchte er gar nicht näher eingehen.

Aufgrund eines Hinweises seitens des Stadtrates Leun wurde die Kommunalaufsicht befragt, wie in dieser Angelegenheit zu verfahren ist. Daher werden im Investitionsprogramm verteilt auf 2 Jahre diese 273.000,00 € eingestellt.

Auch auf die von Herrn Dr. Schütz vorgetragene Punkte geht er kurz ein.

Abschließend sei festzuhalten, dass ein Haushalt mit einem geringen Plus zur Abstimmung vorliegt und davon ausgehend, dass dieser somit auch genehmigungsfähig ist, wird seine Fraktion zustimmen.

Stadtverordneter Fischer erinnert daran, dass das Investitionsprogramm noch entsprechend geändert werden muss.

Laut Stadtverordnetenvorsteher Burckart wird dies so berücksichtigt.

Anschließend ruft er die Tagesordnungspunkte 5 und 6 zur Abstimmung auf.

Die Abstimmung hat folgendes Ergebnis:

Abstimmung zu TOP 5:

Einstimmige Annahme.

Abstimmung zu TOP 6:

a) Haushaltssatzung: bei 7 Gegenstimmen - mit Mehrheit angenommen.

b) Stellenplan: bei 6 Gegenstimmen - mit Mehrheit angenommen.

c) Haushalt: bei 7 Gegenstimmen - mit Mehrheit angenommen.

Die Abstimmung über den Gesamthaushalt ergibt bei 6 Gegenstimmen mehrheitliche Annahme.

## **Zu TOP 7**

### **Beschluss über die Gültigkeit der Wahl des Ausländerbeirates der Stadt Linden 2015**

Der besondere Wahlleiter, Herr Retzer, gibt zur Wahl des Ausländerbeirates seinen Bericht ab und bittet um entsprechende Beschlussfassung.

Stadtverordnetenvorsteher Burckart dankt für die ausführlichen Informationen.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat einstimmige Beschlussempfehlung ausgesprochen.

Die Abstimmung über die Gültigkeit der Ausländerbeiratswahl ergibt einstimmige Annahme.

## **ZU TOP 8**

### **9. Anfragen von Stadtverordneten und Verschiedenes**

Hierzu ergeben sich keine Wortmeldungen.

**Ende der Sitzung:** 21.20 Uhr

-----  
Ralf Burckart, Stadtverordnetenvorsteher

-----  
Renate Wolf, Protokollführerin